

Verträge gegen die Demokratie

Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände rufen zur Demonstration gegen TTIP und CETA auf. Sie erwarten mindestens 50.000 Protestierende in Berlin

Johannes Supe

»TTIP ist kein Freihandelsabkommen.« Maritta Strasser spricht den Satz in größter Ruhe aus, wie man eben Fakten nennt. Behinderungen für Kapital- und Warenverkehr zwischen den USA und der Europäischen Union gebe es kaum, sagt Strasser, die beim Kampagnennetzwerk Campact engagiert ist. Das seien nur vorgeschobene Gründe, um das Abkommen ohne große Störungen verabschieden zu können. In Wahrheit handele es sich um einen Vertrag gegen die Demokratie. »Hier soll eine Richtung der Politik in völkerrechtlichen Verträgen festgeschrieben und damit unveränderbar gemacht werden«, so Strasser. Und deshalb werde sie, Strasser, am Wochenende demonstrieren. Voraussichtlich nicht allein.

Unter dem Titel »TTIP und CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel« soll am Samstag in Berlin demonstriert werden. Mehr als 30 Verbände, darunter Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände sowie kirchliche Institutionen, organisieren den Protestzug, rund 170 Organisationen rufen zu ihm auf. Am Mittwoch stellten Campact, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC Deutschland und die Umweltschutzverbände Naturfreunde und BUND ihr Engagement im Bündnis vor.

Der Gewerkschaftsbund sei nicht gegen freien Handel und auch nicht per se gegen entsprechende Abkommen, sagte Florian Moritz, Zuständiger für europäische und internationale Wirtschaftspolitik beim DGB. Es brauche aber strengere Regeln für den Welthandel. »Doch das leisten diese Abkommen nicht. Sie sehen keinen Schutz für die Arbeitnehmer vor«, so Moritz. Zudem haben die USA, mit denen die EU-Kommission über TTIP verhandelt, nur zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert. Es fehle in den Staaten etwa ein starker Kündigungsschutz. Entsprechend schwer werde es zukünftig, Schutz- und Arbeitsrechte der Beschäftigten in der EU zu verbessern. Denn jede Anhebung der Standards bräuchte nach Inkrafttreten des Abkommens die Zustimmung des Vertragspartners, also der USA. »Am Ende heißt es dann wieder, dass unter dem Druck der Globalisierung die Standards gesenkt werden müssen.«

TTIP wie auch CETA werden von der EU-Kommission verhandelt. Während das »Transatlantische Freihandelsabkommen« (TTIP) mit der US-Administration abgestimmt wird, soll das »Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen« (CETA) mit Kanada vereinbart werden. Letzteres ist bereits weiter fortgeschritten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kündigte an, auch bei TTIP bis zum Jahresende Verhandlungsergebnisse erzielen zu wollen. Bei beiden Abkommen wurden die Gespräche hinter verschlossenen Türen geführt.

Besonders in der Kritik stehen die in den Verträgen vorgesehenen Regelungen zum sogenannten Investorenschutz. Sie beinhalten private Schiedsgerichte. Vermittels derer könnten Konzerne jene Staaten auf Milliardensummen verklagen, die etwa strengere Umwelt- oder Arbeitsschutzrichtlinien festlegen und so bereits eingeplante Gewinne schmälern.

»Uns eint die Meinung, dass diese Verhandlungen in die falsche Richtung führen«, sagte Roland Süß von ATTAC Deutschland. Mit den Abkommen werde die Agenda der Liberalisierungen und Privatisierungen fortgesetzt. Die Interessen von Umwelt und Menschen würden dabei lediglich als »Handelshemmnisse« betrachtet. »Doch es geht hier um in Jahrzehnten erkämpfte Rechte, die geschützt werden müssen.«

Der Meinung waren im vergangenen Jahr mindestens 3.263.920 Menschen. So viele unterschrieben bis Dienstag die Europäische Bürgerinitiative gegen die sogenannten Freihandelsabkommen. Nun müssten sich eigentlich EU-Kommission und -Parlament mit dem Protest befassen. Doch die EU-Kommission hatte die Initiative nicht anerkannt, eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Thema steht noch aus.

Mindestens 50.000 Menschen erwarten die Organisatoren der Demonstration auch am Samstag. Allein jene, die sich für die 600 Busse und fünf Sonderzüge zum Protestzug angemeldet hätten, machten bis zu 40.000 Menschen aus. Vermutlich würden es aber noch bedeutend mehr, sagte Uwe Hiksich von den Naturfreunden. »Dann können die Herrschenden sehen, wie breit und bunt der Protest gegen ihr Vorhaben ist«, so Hiksich weiter.

Demonstrationsbeginn am Samstag, 12 Uhr, beim Berliner Hauptbahnhof

<http://www.jungewelt.de/2015/10-08/046.php>